Joseph Schaffner – ein Reichstagsabgeordneter aus dem Lallinger Winkel

Andreas Schröck

Nördlich von Padling am sog. Padlingerberg (Gemeinde Hunding) stand bis in die 30er Jahre ein Wohnhaus, das inzwischen verfallen ist. Ältere Gemeindebürger können sich an dieses Anwesen noch erinnern[1]. Um 1930 wurde das Anwesen veräußert[2]. Die Grundstücke wurden aufgeforstet[3].

Die Erbauer des Hauses, die Ehegatten Stephan und Theres Schaffner (Großeltern von Joseph Schaffner) sind im Jahre 1873 in der Gemeinde Hunding zugezogen[4]. Im April dieses Jahres erwarben die Ehegatten Schaffner einige Grundstücke nördlich von Padling und bauten darauf ein Haus, das 1877 fertiggestellt wurde[5]. Sie scheinen vorher als Dienstboten oder Taglöhner bei mehreren Bauern gelebt und gearbeitet zu haben. Diesen Schluß lassen jedenfalls die verschiedenen Geburtsorte der Kinder zu[6].

In diesem Haus am Padlingerberg brachte am 21. März 1887 die ledige Maria Schaffner (Tochter von Stephan und Theres Schaffner) einen unehelichen Sohn zur Welt, der den Vornamen Joseph erhielt[7]. Vater des Kindes soll ein Bauernsohn aus Oberauerbach gewesen sein[8]. Spätere Aussagen lassen vermuten, daß Joseph Schaffner der Name seines leiblichen Vaters anscheinend nicht bekannt war[9].

Die Mutter Maria Schaffner wurde am 20. April 1887 als „Gefallene" ins Pfarramt Lalling bestellt und vom damaligen Pfarrer Jell „einvernommen". Der Pfarrherr kam nach dem Gespräch zur Auffassung, daß die Leichtfertigkeit und Gleichgültigkeit der Verwandten augenscheinlich ist[10]. Die Belehrung des Pfarrers hatte nicht den von ihm erhofften Erfolg. Am 3. März 1892 gebar Maria Schaffner nämlich – wieder unehelich – einen weiteren Sohn[11].

Die Familie Schaffner scheint tatsächlich nicht den besten Ruf genossen zu haben. Am 9. März 1897 sah sich der Gemeindeausschuß Hunding veranlaßt, den von der Gemeinde Lalling gestellten Antrag auf Heimatverleihung an Stephan und Georg Schaffner abzulehnen, „da die beiden Schaffner schon öfter mit bedeutenden Strafen belegt wurden"[12]. Welcher Vergehen sich die beiden schuldig gemacht haben, läßt sich im einzelnen nicht mehr feststellen. Nachweisbar sind jeweils eine Zuchthausstrafe für Stephan und Georg Schaffner[13].

An heutigen Maßstäben gemessen hat Joseph Schaffner wahrscheinlich keine glückliche Kindheit erlebt. Nach dem Besuch der Volksschule erlernte Schaffner das Schlosserhandwerk[14].

Die Ehegatten Stephan und Theres Schaffner haben 1889 das Anwesen am Padlingerberg an den Sohn Georg übergeben[15] und sind nach Deggendorf verzogen. Stephan Schaffner ist dort 1910 verstorben[16]. Maria Schaffner blieb noch

einige Jahre in Padling wohnen. Der Zeitpunkt des Wegzuges ist nicht mehr feststellbar, liegt aber auf jeden Fall nach 1893.

Joseph Schaffner besuchte von 1893 bis 1901 die Volksschulen in Hunding, Plattling und Deggendorf und absolvierte von 1901 bis 1903 in Deggendorf eine Schlosserlehre[17], die er mit der Gesellenprüfung abschloß. Danach begab sich Joseph Schaffner auf Wanderschaft, bei der er laut eigener Aussage in verschiedenen Gegenden Deutschlands seinem Beruf nachging[18]. Bei dieser Wanderschaft identifizierte er sich offenbar mit den politischen Anliegen der SPD. Nach seinen eigenen Angaben ist er 1907 in die SPD eingetreten. Seit 1912 war er Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes[18]. Im Jahre 1915 heiratete Joseph Schaffner die aus Österreich stammende Elisabeth Wagner[19]. Im gleichen Jahr wurde er zur Wehrmacht eingezogen. Als Soldat kämpfte er in Flandern und an der Somme. Im Jahre 1918 wurde er als Träger des Ehrenkreuzes für Frontkämpfer entlassen. Nach Ende des 1. Weltkrieges arbeitete Joseph Schaffner als Schlosser in Nürnberg[20].

Über eine parteipolitische Tätigkeit vor 1919 gibt es widersprüchliche Angaben. Angeblich soll er bis 1919 Partei- und Gewerkschaftsfunktionär in Nürnberg gewesen sein[21]. Andererseits wird von einem Zeitgenossen[22] behauptet, Joseph Schaffner sei vor seiner parteipolitischen Arbeit in Hannover in Kassel tätig gewesen. Laut eigener Aussage[23] gab er im Mai 1919 den Beruf auf, um hauptamtlich politisch tätig zu werden. Eine vorangegangene politische Tätigkeit erwähnt Joseph Schaffner selbst nicht.

Vor 1914 gab es trotz der Doppelorganisation Partei und Gewerkschaften eine einheitliche Sozialdemokratie[24]. Die Zeit nach der Revolution von 1918 brachte eine andere Ausgangslage. Allein drei Parteien (MSPD, USPD, KPD) beanspruchten zu Beginn der Weimarer Republik die Tradition der sozialistischen Arbeiterbewegung für sich[24]. Die (Mehrheits)Sozialdemokratie in Hannover reagierte auf die neuen Herausforderungen mit organisatorischen Maßnahmen. Zur Sicherung „äußerster Geschlossenheit" wurde eine besondere, von anderen Großstädten abweichende Organisationsform geschaffen. Alle Mitglieder aus dem gesamten Stadtgebiet bildeten einen einzigen Ortsverein[25]. Im Ortsverein Hannover gab es zwischen 36 und 40 Abteilungen mit zwischen 50 und 1500 Mitgliedern, die aber so gut wie nichts zu entscheiden hatten[26]. Eine Teilnahme an der Willensbildung der Partei war dem einzelnen Mitglied eigentlich nur bei den jährlichen Generalversammlungen möglich[27]. Diese besondere Organisationsstruktur machte den Ortsvereinsvorstand zum übermächtigen Leitungsorgan der hannoverschen SPD. Eine herausgehobene Bedeutung innerhalb der Parteiführung war dem Parteisekretariat zugedacht, in dem sich drei hauptamtliche Sekretäre mit der Leitung der Verwaltung der Parteiorganisationen beschäftigten. Alle drei Parteisekretäre waren gleichzeitig Mitglieder des Ortsvereinsvorstandes[28]. Die Wahl des leitenden Parteisekretärs fiel auf Joseph Schaffner[29]. Als leitender Sekretär war er von 1919 bis 1933 zugleich Orts-

vereinsvorsitzender[30]. Nach eigener Aussage trat Joseph Schaffner die neuen Ämter am 1. Mai 1919 an[31]. Das Einwohnermeldeamt in Hannover registrierte den Zuzug aus Nürnberg zum 20. Mai 1919[32].

Welche besonderen Eigenschaften einen aus dem Lallinger Winkel stammenden Schlosser für diese Ämter qualifizierten, läßt sich wegen der unbefriedigenden Materiallage nicht feststellen. Laut Auskunft des Archivs der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, dürften die meisten Organisationsunterlagen in der NS-Zeit vernichtet worden sein[33]. Dies dürfte auch einer der Gründe sein, daß es über die politische Tätigkeit von Joseph Schaffner außer einigen knappen biographischen Daten in mehreren Handbüchern[34] noch keine Darstellung gibt.

In seiner Doppelfunktion als leitender Sekretär und Vorsitzender des Ortsvereines hatte Joseph Schaffner für die hannoversche Sozialdemokratie einen starken, wenn nicht prägenden Einfluß für die gesamte Zeit der Weimarer Republik. Zudem war er ehrenamtliches Mitglied des Bezirksvorstandes der SPD für den Bezirk Hannover. Da die Stadt Hannover im Bezirk mit Abstand die meisten Mitglieder hatte und damit die meisten Delegierten und Vorstandsmitglieder stellte, dürfte Joseph Schaffner auch in diesem Gremium bedeutenden Einfluß gehabt haben[35]. Aus heutiger Sicht ist es unverständlich, daß der Vorsitzende Schaffner sich als Parteisekretär und späterer Abgeordneter selbst kontrollierte bzw. sich Weisungen erteilte.

Joseph Schaffner galt als fleißig, war aber kein „Volkstribun"[36]. Zeitgenossen sahen ihn als Vertreter eines eher „rechten" sozialdemokratischen Funktionärs jener Zeit: redlich, in seinem Beruf und vor allem in der Tagespolitik aufgehend, von seiner Arbeit und den Zielen der Sozialdemokratie überzeugt. Die Reste des erhaltenen Bezirks-Parteiarchivs der SPD im Niedersächsischen Hauptstaatsarchiv enthalten hauptsächlich Routineberichte, jedoch keine persönlichen oder programmatischen Stellungnahmen von Joseph Schaffner[37]. Oberste Richtschnur seines Handelns war die Erringung der absoluten Mehrheit (auf kommunaler Ebene konnte die SPD erst im November 1929 in Hannover die absolute Mehrheit erringen[37]), mit der dann ausschließlich sozialdemokratische Politik durchgesetzt werden sollte[38]. Seine eher „rechte" Einstellung zeigte sich auch bei den Einigungsbestrebungen zwischen SPD[39] und KPD, die er nicht gerade mit Wohlwollen sah. Seine flammende Rede bei der Generalversammlung 1923[40] enthält Argumente, die bis 1933 für die Auseinandersetzung mit der KPD bezeichnend waren. Für die SPD gab es angesichts der wütenden Aggressivität der KPD auch viele Gründe, über die Politik der Kommunisten erbittert zu sein[41]. Dies gilt auch für das Verhalten der KPD in Hannover[42]. Die SPD achtete streng auf eine eventuelle Zusammenarbeit ihrer Mitglieder mit Kommunisten und mißbilligte diese als Bruch der Parteidisziplin[43].

Von 1921 bis 1925 war Joseph Schaffner Mitglied des Provinziallandtages

Joseph Schaffner, nach 1924 entstandene Aufnahme, entnommen aus: Kürschners Volkshandbuch Deutscher Reichstag 1930, herausgegeben von Hermann Hillger; Berlin o. J.

Hannover[44]. Diese mit wenig Kompetenzen ausgestattete Institution für die Provinz Hannover konnte die Politik des ernannten Oberpräsidenten und der preußischen Regierung für die Provinz relativ wenig beeinflussen. Außerdem hatte die SPD bis 1933 im Provinziallandtag keine Mehrheit[45].

Dies könnte auch der Grund gewesen sein, warum sich Joseph Schaffner um eine Reichstagskandidatur bemühte und am 7. Dezember 1924 auch in den Reichstag gewählt wurde, dem er bis Juli 1932 angehörte[46]. Er vertrat dort mit einem weiteren Abgeordneten den Wahlkreis Südhannover-Braunschweig, also große Teile der Provinz Hannover und des Freistaates Braunschweig[47]. Von den Reichstagswahlen vom 7. Dezember 1924 bis zum 14. September 1930 (letzte Reichstagswahl mit Joseph Schaffner als Kandidat) konnte die SPD ihren Stimmenanteil in der Stadt Hannover um 45 %, im gesamten Wahlkreis um 35 % steigern[48].

Obwohl stärkste Reichstagsfraktion, fand sich die SPD erst nach den Reichstagswahlen vom 20. Mai 1928 bereit, die Regierung im Reich zu übernehmen. Die vom SPD-Kanzler Hermann Müller geführte Reichsregierung stand allerdings von Anfang an unter einem schlechten Stern. Die Politik der großen Sachzwänge unterworfenen Koalitionsregierung fand wiederholt nicht die Zustimmung der SPD-Reichstagsfraktion und führte zu einigen Abstimmungsniederlagen[49]. Vermutlich war Joseph Schaffner ein „Hinterbänkler". Bei Durchsicht der Verhandlungen des Deutschen Reichstages für die Wahlperioden 1924 bis 1932 lassen sich jedenfalls keine besonderen Aktivitäten erkennen.

Redebeitrag von Joseph Schaffner am 4. August 1925 im Deutschen Reichstag zu einem Antrag der Deutschen Demokratischen Partei (veröffentlicht in: Verhandlungen des Deutschen Reichstages, Band 387, S. 3995ff):

„Meine Damen und Herren: Auf Drucksache Nr. 1310 findet sich ein Antrag der Demokratischen Partei, der die Aufhebung des ***Spielkartensteuergesetzes*** *verlangt. Meine politischen Freunde werden diesem Antrag nicht zustimmen, selbst auf die Gefahr hin, von den „Skat-, Schafkopf- oder Sechsundsechzig" spielenden Herren nicht besonders liebevoll behandelt zu werden.*

Nicht Erwägungen grundsätzlicher Art sind es, die uns zu einer Ablehnung kommen lassen, sondern wir kommen zu dieser Stellungnahme deshalb, weil wir der Auffassung sind, daß ein Nachlassen des Steuerdruckes an anderen Stellen dringlicher ist als hier.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Solange noch Zucker und Salz, um nur die wichtigeren Dinge zu nennen, solange noch Brot und Fleisch, so lange noch Milch und Margarine und andere wichtige Bedarfsartikel mit hohen Steuern bzw. Zollsätzen belastet sind, so lange glauben wir, kann man sich die Aufhebung des Spielkartensteuergesetzes verkneifen, zumal diese Steuer nur ganz unbedeutende Erhebungsgebühren verursacht.

Wenn wir also in diesem Fall einmal der Regierungsvorlage zustimmen, dann in der bestimmten Erwartung, daß in der dritten Lesung der Steuergesetze und späterhin auch bei der Beratung der Zollvorlage dem berechtigten Verlangen der ärmeren Volksschichten auf Entlastung Rechnung getragen wird.

Diese unsere Stellungnahme erhellt am besten die Haltlosigkeit der Behauptungen der Rechtspresse, daß wir Sozialdemokraten nur deshalb Opposition treiben, um der deutschnational beeinflußten Reichsregierung Schwierigkeiten zu machen. Meine Herren von rechts, wir denken gar nicht daran. Wir beurteilen eine Regierung nicht nach ihrer politischen Abstempelung, sondern nach ihren Taten und nach ihrer Einstellung zu den Bedürfnissen des Wirtschaftslebens und zu den sozialen Erfordernissen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ich sagte, wir folgen der Regierungsvorlage, weil uns ein ***Nachlassen des Steuerdruckes*** *an anderen Stellen dringlicher erscheint. Wir sind der Auffassung, daß vor allen Dingen dort Erleichterungen eintreten müssen, wo an den Lebensnerv breiter Volksschichten gerührt wird, wie das z. B. bei der Lohnsteuer, wie das bei der Umsatzsteuer, wie das bei mehreren Verbrauchssteuern und wie das vor allen Dingen bei den Belastungen durch die geplanten Zölle der Fall ist. Es erscheint uns namentlich im Hinblick auf die Volksernährung und die Volksgesundheit und damit der Kräfte, die für die Produktion in Frage kom-*

men, wichtiger, daß die deutsche Mutter ihren Kindern Milch und Zucker in ausreichendem Maße zuführen kann, was allerdings eine entsprechende Preisgestaltung voraussetzt. Es erscheint uns wichtiger, die Lohnsteuer nach sozialen Gesichtspunkten zu gestalten, das heißt die Kreise unseres Volkes, die nichts besitzen, als ihre Arbeitskraft, nach Möglichkeit zu schonen, um sie dadurch lebens- und arbeitsfähig zu erhalten.

Diesen Dingen gebührt nach unserer Auffassung unter allen Umständen der Vorrang. Denn mit dieser Politik stärken wir die Volks- und Arbeitskraft, entlasten wir aber auch die Budgets des Reiches, der Länder und der Gemeinden in durchaus wirkungsvoller Weise. Das ist wahrhaft nationale Politik, und sie ist auch dann eine nationale Politik, meine Damen und Herren der Rechten, wenn sie von den Sozialdemokraten kommt.

Wenn die Sozialdemokratie den Steuergesetzen einen sozialeren Charakter geben will, dann aus der Erkenntnis heraus, daß nur so das deutsche Volk hoffnungsvoll in die Zukunft schauen darf, weil es nur so in der Lage sein wird, sich in dem Wettbewerb der Völker erfolgreich behaupten zu können. Wem der Aufbau unseres Wirtschaftslebens und die Förderung der Volkskraft nicht nur Lippenbekenntnis, sondern wirkliche Herzenssache ist, der wird nicht umhin können, unserem Verlangen auf Schonung der wirtschaftlich Schwachen, das wir bei der Beratung der Steuergesetze in wahrhaft bescheidenem Umfang zum Ausdruck gebracht haben, zu entsprechen.

Die dritte Beratung der Steuergesetze und die Beratung der Zollvorlage wird ja noch Gelegenheit geben, das nachzuholen, was bei den bisherigen Beratungen versäumt worden ist. Wir lehnen also den demokratischen Antrag in der Überzeugung ab, daß die Spielkartensteuer nicht zu den größten Sorgen des deutschen Volkes zählt, und wir erwarten, daß die Mehrheit des Hauses dort, wo es wirklich gilt, Volksgüter zu schützen und zu fördern, mit uns an einem Strange zieht."

(Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Feststellen lassen sich nur zwei Reden im Juli und August 1925, die sich mit Steuerfragen befassen[50].

Für die Reichstagswahl am 31. Juli 1932 wurde der damals 45-jährige Schaffner nicht mehr als Kandidat nominiert, sondern durch einen 23-jährigen Redakteur einer Parteizeitung ersetzt. Diese Entscheidung der Parteigremien war aber weniger eine Kritik an seiner bisherigen Arbeit, sondern in dem – vergeblichen – Versuch begründet, durch die Aufstellung jüngerer Kandidaten mehr Stimmen zu erzielen[51].

Nicht nur ihm, sondern der gesamten SPD mangelte es an einer realistischen Einschätzung der Durchsetzbarkeit einer Politik ohne parlamentarische Mehrheiten und ohne Mobilisierung der Mitglieder und vor allem der Gefahren des heraufziehenden Nationalsozialismuses[51].

Letzteres zeigt sehr deutlich die Generalversammlung des Ortsvereins Hannover am 29. Januar 1933, in der Ortsvereinsvorsitzender Schaffner in seinem Rechenschaftsbericht die nach seiner Ansicht notwendige Frontstellung zur KPD mit der Feststellung zum Ausdruck brachte, daß die KPD „seit einem Jahrzehnt Pionier Hitlers" sei[52]. Andererseits sah Schaffner das Jahr 1932 für Hitler „als Jahr voller Enttäuschungen"[53].

Die Gesamtpartei war nicht in der Lage, alte Denkstrukturen aufzugeben und eine der zugespitzten Situation adäquate Strategie ansatzweise zu entwickeln[53]. „Berlin ist nicht Rom. Hitler ist nicht Mussolini. Berlin wird niemals die Hauptstadt eines Faschistenreiches sein. Berlin bleibt rot." Diese Aussage des sozialdemokratischen „Vorwärts" vom 8. Februar 1933 – also gut eine Woche nach der sog. „nationalen Erhebung" – spiegeln klar die Illusionen innerhalb der Reichs-SPD wider[54].

Die SPD-Funktionäre waren vom baldigen Zusammenbruch der neuen Regierung (die 1. Regierung von Reichskanzler Adolf Hitler war eine Koalitionsregierung ohne nationalsozialistische Mehrheit) überzeugt, da ihnen die Gegensätze der Regierungspartner zu groß und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Deutschland unüberwindlich schienen[54].

Am 1. Februar 1933 löste Reichspräsident Paul von Hindenburg den Reichstag auf und setzte für den 5. März 1933 Neuwahlen an[55]. Während des Wahlkampfes, in dem die NSDAP bei den Wählern das Bild einer traditions- und verantwortungsbewußten Partei aufzubauen versuchte, setzte sie mit der rigorosen Bekämpfung der politischen Gegner ein[56]. Auch in Hannover kam es wiederholt zu Zusammenstößen mit der SA, die versuchte, Wahlveranstaltungen der politischen Gegner zu sprengen[57]. Ende Februar 1933 beschwerte sich Joseph Schaffner als SPD-Ortsvereinsvorsitzender von Hannover beim Reichspräsidenten Hindenburg über die Wahlbehinderung und bat um Abhilfe[58]. Die Bitte war anscheinend erfolglos. Eine Antwort ist jedenfalls nicht festzustellen.

Nach dem Nein der SPD zum Ermächtigungsgesetz vom 23. März 1933 setzte eine massive Terrorwelle auf breitester Front ein[59]. Wegen angeblicher Kontakte zu ausländischen Hintermännern und „verräterischer Umtriebe" wurden viele SPD-Funktionäre in „Schutzhaft" genommen[60]. Nach Aussage eines Parteifreundes hat sich Joseph Schaffner nach der Machtübernahme sehr zurückhaltend verhalten[61]. Dies hat ihn allerdings nicht vor Unannehmlichkeiten bewahrt. Am 31. März 1933 wurde er nach eigener Aussage „durch die SA mit Gewalt aus dem Amt entfernt" und in Schutzhaft genommen. Nach der Entlassung Ende April verbarg er die Kartei der SPD-Mitglieder[62]. Ortsvereinsvor-

47

SPD SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
ORTSVEREIN HANNOVER

Reichsmin. d. Innern

SEKRETARIAT: ODEONSTR. 15/16, I. GEÖFFNET: 11 BIS 1 U. 4 BIS 7 UHR, MITTWOCHS U. SONNABENDS 11 BIS 1 UHR · POSTSCHECK: 22742 · FERNRUF: 36409

01 März 1933

1. ... Bescheid ab 1/3. 4.
2. ... Ministerium d. Innern

HANNOVER, DEN 27. Februar 1933.

Büro des Reichspräsidenten
Eing. 28. FEB. 1933

I A

An den Herrn

Reichspräsidenten von Hindenburg,

Berlin W 8

Sehr geehrter Herr Reichspräsident! I A 2132/27.2

Vor einigen Tagen haben die sozialdemokratischen Abgeordneten der Stadt Hannover Ihnen einen Situationsbericht unterbreitet und daran die Bitte geknüpft, Ihren ganzen Einfluss einzusetzen, um Deutschland wieder zu einem Rechtsstaat zu machen. Wir können heute mitteilen, dass die Dinge weiter ihren unheilvollen Lauf nehmen. Bis jetzt sind sämtliche Wahlflugblätter der Sozialdemokratischen Partei, gleichgültig welchen Inhalt sie haben, der Beschlagnahme verfallen. Man gibt sich in den letzten Tagen noch nicht einmal mehr die Mühe, uns den Grund für diese Massnahmen zu sagen.

Wir möchten Sie, sehr geehrter Herr Reichspräsident, auf die ungeheueren Gefahren aufmerksam machen, die aus solchem Vorgehen erwachsen. Bei der Arbeiterschaft ist allgemein der Eindruck, dass z.Z. Verfassung und Gesetze überhaupt nicht mehr existieren. Zu welchen Folgen diese Meinungsbildung führt, das brauchen wir Ihnen nicht auszumalen. Alle Grundlagen des Staates sind in höchster Gefahr. Indem wir an Sie, sehr geehrter Herr Reichspräsident, nochmals die dringende Bitte richten, nach dem Rechten zu sehen, zeichnet

hochachtungsvollst
Der Vorstand.

I.A.: [signature]

z. d. A. 6. 3. 33.

Beschwerde des SPD-Ortsvereins Hannover an den Reichspräsidenten Paul von Hindenburg (BA Potsdam, Bestand des Reichsministeriums des Innern, St 10 Nr. 277)

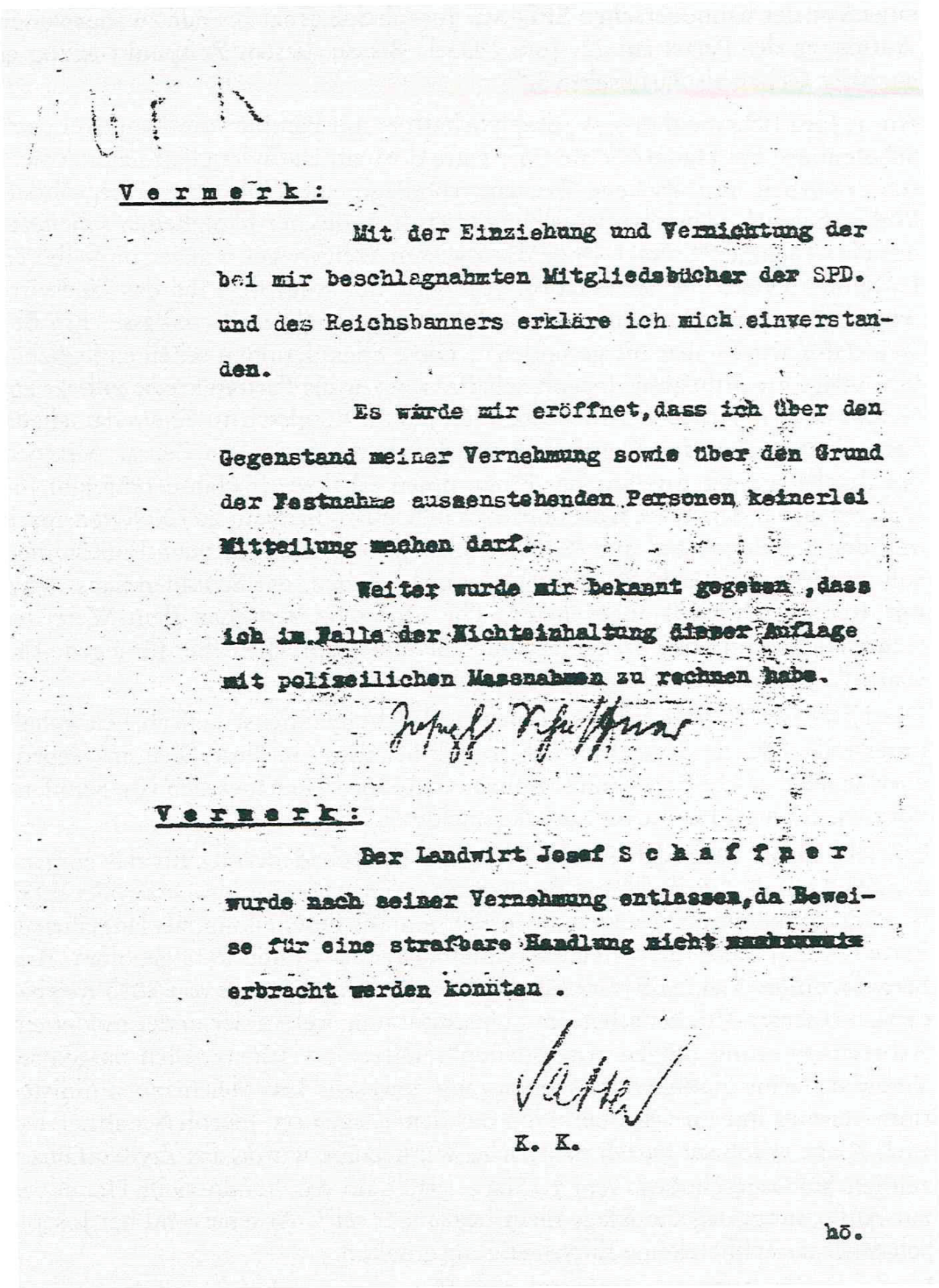
sitzender der hannoverschen SPD war Joseph Schaffner bis zur zwangsweisen Auflösung der Partei am 22. Juni 1933[63]. Bis zu diesem Zeitpunkt bezog er auch das Gehalt als Parteisekretär[64].

Am 1. Juni 1933 meldete sich Joseph Schaffner mit Familie von Hannover nach Schulenburg bei Hannover ab[65]. Er hatte dort ein landwirtschaftliches Anwesen erworben und als neue Existenzgrundlage eine Hühnerfarm gegründet. Wahrscheinlich mangels ausreichender kaufmännischer Fähigkeiten scheiterte das Unternehmen[66]. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges wurde von früheren Parteimitgliedern die Spekulation geäußert, der Kaufpreis für das landwirtschaftliche Anwesen stamme aus der beiseite geschafften Parteikasse. Ein Beweis dafür wurde aber nie gefunden[66]. Diese Spekulationen scheinen jeglicher Grundlage zu entbehren. Joseph Schaffner bezog als Parteisekretär zuletzt ein Gehalt von monatlich 345 Reichsmark[67], ein im Vergleich zu einem damaligen Facharbeiter sehr gutes Gehalt[68]. Außerdem hatte er in seiner Zeit als Mitglied des Reichstages ein zusätzliches Einkommen erhalten. Im Jahre 1935 gibt Joseph Schaffner den Wert seines Besitzes in Schulenburg mit 25700 Reichsmark und den Schuldenstand mit 18400 Reichsmark an. Das jährliche Einkommen soll zu dieser Zeit 1720 Reichsmark betragen haben, der Schuldendienst wird mit 1000 Reichsmark angegeben[69]. Die Differenz zwischen dem Wert des Grundstückes und den darauf lastenden Schulden sprechen eher für eigene Ersparnisse als für unterschlagene Parteigelder.

Die Differenz zwischen Einkommen und Schuldendienst – Wahrheitsgehalt unterstellt – deutet daraufhin, daß Joseph Schaffner in dieser Zeit ausgesprochen ärmlich gelebt haben muß. Zum 1. Oktober 1936 hat er sich von Schulenburg wieder nach Hannover zurückgemeldet[70].

Ein Jahr zuvor hatte sich Joseph Schaffner um Schadenersatz für das entgangene Gehalt als Parteisekretär für den Zeitraum von Juli bis Dezember 1933 bemüht. Er begründete seinen Anspruch mit der Feststellung, als langjähriger Parteisekretär hätte für ihn eine Kündigungsfrist bis Ende 1933 gegolten. Außerdem wollte er einen Ersatz für die Versicherungsbeiträge von 7000 Reichsmark aus seiner Mitgliedschaft im „Unterstützungsverein der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten". Dieser zwischenzeitlich aufgelöste Verein sei seine einzige Altersversorgung gewesen. Das Reichsinnenministerium verwies ihn im Oktober 1935 auf den Klageweg. Joseph Schaffner hat auch Klage erhoben. Durch juristische Winkelzüge wurde das Zivilverfahren zeitlich hinausgeschoben. Am 1. März 1940 kam das Landgericht Hannover zur Auffassung, daß die Klage nicht begründet sei[71]. Anscheinend hat Joseph Schaffner tatsächlich keine Entschädigung erhalten.

Im September 1936 wurde Joseph Schaffner erneut inhaftiert und zu seiner vermeintlichen Mitgliedschaft bei der sozialdemokratischen Widerstandsorganisation „Sozialistische Front" vernommen. Die Verhaftung erfolgte aufgrund



Vermerk:

Mit der Einziehung und Vernichtung der bei mir beschlagnahmten Mitgliedsbücher der SPD. und des Reichsbanners erkläre ich mich einverstanden.

Es würde mir eröffnet, dass ich über den Gegenstand meiner Vernehmung sowie über den Grund der Festnahme ausserstehenden Personen keinerlei Mitteilung machen darf.

Weiter wurde mir bekannt gegeben, dass ich im Falle der Nichteinhaltung dieser Auflage mit polizeilichen Massnahmen zu rechnen habe.

Joseph Schaffner

Vermerk:

Der Landwirt Josef Schaffner wurde nach seiner Vernehmung entlassen, da Beweise für eine strafbare Handlung nicht erbracht werden konnten.

K. K.

hö.

Auszug aus der Vernehmungsniederschrift vom 16. 9. 1936, in der sich Joseph Schaffner mit der Einziehung und Vernichtung von Parteiunterlagen einverstanden erklären mußte (aus BA, Abteilungen Potsdam, ZB 7131 A.B.)

einer völlig haltlosen Denunziation eines ehemaligen führenden Mitarbeiters der „Sozialistischen Front“[72]. Joseph Schaffner bestritt bei der Vernehmung vehement, jemals mit der „Sozialistischen Front“ in Verbindung gewesen zu sein. Er habe sich nach der „Nationalen Erhebung“ in keiner Form illegal betätigt. Da ihm keine strafbaren Handlungen nachzuweisen waren, wurde er sofort wieder freigelassen[73]. Nach Aussage eines Parteifreundes[74] war Joseph Schaffner auch nicht Mitglied der „Sozialistischen Front“. Bei dieser Verhaftung wurde bei Joseph Schaffner anscheinend eine Hausdurchsuchung durchgeführt und dabei Parteiunterlagen gefunden. Im Zuge der Vernehmung mußte er nämlich eine Erklärung unterzeichnen, daß er mit der Einziehung und Vernichtung der beschlagnahmten SPD-Mitgliedsbücher einverstanden ist[75].

Joseph Schaffner eröffnete – wahrscheinlich nach dem Zuzug aus Schulenburg, der genaue Zeitpunkt ist nicht feststellbar – in Hannover ein Zigarrengeschäft, das er Anfang 1941 aus wirtschaftlichen Gründen aufgeben mußte. Im Februar 1941 wurde er Angestellter beim Finanzamt Hannover. Im November 1943 ging Joseph Schaffner für die Finanzverwaltung nach Wien[76]. Seine „Parteivergangenheit“ scheint bei dieser Anstellung keine Rolle gespielt zu haben. Die Einwohnermeldekartei der Stadt Hannover vermerkt die Abmeldung nach Österreich für den 12. Oktober 1943[77]. Möglicherweise ist die Versetzung nach Österreich mit der Herkunft der Ehefrau in Zusammenhang zu bringen. Möglich wäre auch, daß Joseph Schaffner fernab der „Heimat“ von einem weiteren Schicksalsschlag Abstand gewinnen wollte. Am 7. August 1942 fiel sein 20-jähriger Sohn Hans Karl als Soldat an der Ostfront[77]. Der zweite Sohn war bereits als Kind tödlich verunglückt[78].

Nach eigener Aussage kehrte Joseph Schaffner im Mai 1945 nach Hannover zurück und eröffnete erneut ein Zigarrengeschäft, das er im Jahre 1948 aus „baulichen Gründen“ aufgeben mußte[78]. Laut Einwohnerkarte der Stadt Hannover ist er allerdings erst Ende Juli 1945 nach Hannover zurückgekehrt[79].

Joseph Schaffner verhielt sich nach der Machtübernahme durch die NSDAP sehr zurückhaltend, da er als ehemaliger Parteisekretär und Reichstagsabgeordneter der SPD mit erheblichen Repressalien und einer Einweisung in ein KZ rechnen mußte. Er zog sich ins „Privatleben“ zurück und versuchte eine neue Existenz aufzubauen[80]. Wie viele andere Funktionäre hatte er 1933 illegalen Widerstand abgelehnt und auf ein „Abwirtschaften“ der Nazis gehofft[81]. Dieses Verhalten brachte ihm nach 1945 große Vorwürfe der Genossen ein.

Nach 1945 setzte in Hannover zunächst zögernd, dann parteitaktisch und mit persönlichen Verunglimpfumgem verbunden, der Versuch einer Aufarbeitung des Verhaltens der Sozialdemokratie während der NS-Zeit ein. In Hannover befand sich nach 1945 mit Kurt Schumacher und dessen „Büro“ das Zentrum der wiederentstandenen Sozialdemokratie. Kurt Schumacher war ob seiner in der NS-Zeit erlittenen Leiden und auch aufgrund seiner Persönlichkeit mit Si-

cherheit nicht der Mann der großen Rücksichtnahme. Die Verunglimpfungen u. a. von Joseph Schaffner müssen aus heutiger Sicht wohl als populistische Aktionen angesehen werden, mit denen das Versagen der SPD vor 1933 auf personifizierte Sündenböcke abgeleitet werden sollte. Ein Grund für die moralische Verurteilung könnte auch gewesen sein, daß Joseph Schaffner nicht aus Hannover stammte. Er wurde von jüngeren, aktiveren Parteimitgliedern als einer der personifizierten Verursacher der sozialdemokratischen Niederlage und des Sieges des NS-Systems angesehen. Seine Haltung nach 1933 wurde scharf kritisiert. In mehreren Interviews wurde seine Passivität und sein Glaube an die Legalität beanstandet[81]. Joseph Schaffner selbst erklärte, er habe nach dem Zweiten Weltkrieg bei vielen SPD-Funktionären kein Verständnis dafür gefunden, daß er sich nicht aktiv am Widerstand beteiligte, „er käme sich ganz gebrochen vor, da ihm alle seine Ideale zerstört worden seien"[82]. Offenbar hatte er nach der Rückkehr nach Hannover mit den früheren Genossen Kontakt oder er war zumindest über die Kritik an seiner Person informiert. Eine erneute SPD-Mitgliedschaft ist allerdings nicht feststellbar.

Am 2o. April 1952 verstarb die Ehefrau[83]. Im gleichen Jahr bemühte sich Joseph Schaffner um eine Entschädigung. Ein ärztliches Gutachten aus dem Jahre 1952 stellt fest, „er lebt jetzt völlig vereinsamt in einer 1-Zimmer-Wohnung von einer spärlichen Rente"[84]. Da die Verdrängung aus seinem Beruf als Parteifunktionär und die zwischenzeitlich eingetretene Erwerbsunfähigkeit als verfolgungsbedingt anerkannt wurden, erhielt er eine Entschädigung und eine kleine Rente[84]. Joseph Schaffner blieb zunächst in Hannover wohnen, verzog am 1. Oktober 1957 nach Krün[85] in Oberbayern und zum 1. Januar 1964 nach München[86]. Dort wurde er am 21. Juni 1966 tot aufgefunden[87]. Was ihn zu den Umzügen nach Krün bzw. München bewogen hat, ist nicht feststellbar.

Joseph Schaffner, aus einfachsten Verhältnissen stammend, brachte es in der Weimarer Republik in der Parteihierarchie zu einer erheblichen Machtfülle. Er ist – obwohl hier völlig unbekannt – neben dem aus Dösing stammenden Heinrich Oswald (Bayer. Sozialminister in den 20iger Jahren) der bedeutendste aus dem Lallinger Winkel stammende Politiker.

ABKÜRZUNGEN:

ABP – Archiv der Diözese Passau
BA – Bundesarchiv
HStA – Hauptstaatsarchiv
StA La – Staatsarchiv Landshut
KPD – Kommunistische Partei Deutschlands
MSPD – Mehrheitssozialdemokraten
USPD – Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands

ANMERKUNGEN:

[1] Auskunft von Josef Gsödl und Kajetan Straßer, beide Gneisting vom Januar/Februar 1992. Damaliger Eigentümer des Anwesens war Georg Schaffner (Onkel von Joseph Schaffner), dessen 1. Ehefrau aus Gneisting stammte.

[2] Die 2. Ehefrau des Georg Schaffner ist am 16. 8. 1927 in Padling verstorben (Sterbebuch des Standesamtes Hunding). Am 26. 4. 1931 hat Georg Schaffner vor dem Standesamt Oberaign die 3. Ehe geschlossen. Laut Heiratseintrag war Schaffner zu dieser Zeit als landwirtschaftlicher Arbeiter in Neufang (damals Gemeinde Oberaign) wohnhaft. Die 2. und 3. Ehe blieben kinderlos. Alle Kinder aus der 1. Ehe sind im Kindesalter verstorben. Georg Schaffner hatte also keine leiblichen Erben.

[3] Vgl. Anmerkung 1.

[4] Unterlagen der Gemeinde – Verzeichnis der Heimatberechtigten ohne Bürgerrecht.

[5] StA La, Umschreibehefte zum renovierten Grundsteuerkataster der Gemeinde Hunding von 1860.

[6] Die Ehegatten Schaffner stammen aus der Gemeinde Lalling. Sie waren in der Gemeinde Lalling auch heimatberechtigt. Die Kinder sind in verschiedenen Ortschaften der Gemeinde Lalling geboren.

[7] Geburtenbuch des Standesamtes Hunding.

[8] ABP, Pfarrarchiv Lalling, II.7.

[9] BA, Abteilungen Potsdam, ZB 7131 A.B. – Vernehmungsniederschrift vom 16. 9. 1936. Joseph Schaffner gibt den Vater mit „Unbekannt" an.

[10] Vgl. Anmerkung 8.
Über die „Einvernahme" wurde folgendes Protokoll aufgenommen, dessen Inhalt heute nur noch verwundern kann:

„Protokoll
aufgenommen im Pfarrhause zu Lalling am 20. April 1887

Unter obigen Datum erscheint Maria Schaffner, welche am 21. März l. J. ein ausser eheliches Kind gebar und wird über die Größe und Strafwürdigkeit der Sünde der Unkeuschheit belehrt und diesselbe ermahnt den sündhaften Lebenswandel aufzugeben und sich zu Gott in Reue und Demuth zu wenden.

Maria Schaffner (Unterschrift)

Besserung zweifelhaft. Scheint ein leichtfertiges Mädchen zu sein.

Jell (Unterschrift)"

[11] Vgl. Anmerkung 7.

[12] Beschlußbuch des Gemeindeausschusses Hunding.

[13] ABP, Pfarrarchiv Lalling, II.8.
Georg Schaffner mußte 1897 eine Strafe von 6 Monaten in Amberg „absitzen". Stephan Schaffner war Anfang 1890 inhaftiert.

[14] Vgl. Anmerkung 9.

[15] Vgl. Anmerkung 5.

[16] Sterbebuch des Standesamtes Deggendorf.
[17] Wilhelm Heinz Schröder: Sozialdemokratische Parlamentarier in den Deutschen Reichs- und Landtagen 1867–1933, Band 7 der Handbücher zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, herausgegeben von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bonn; Düsseldorf 1995, S. 715.
[18] Vgl. Anmerkung 9.
[19] Laut Sterbefallanzeige des Polizeipräsidiums München vom 22. 1. 1966 hat die Eheschließung am 28. 2. 1915 in Nürnberg stattgefunden (Auskunft des Standesamtes München II vom 12. 6. 1991). Das Standesamt Nürnberg konnte für den maßgeblichen Zeitraum aber keinen Heiratseintrag ermitteln (Schreiben vom 27. 8. 1993). Wahrscheinlich erfolgte die Eheschließung in einer der Umlandgemeinden von Nürnberg.
[20] Vgl. Anmerkung 9.
[21] Vgl. Anmerkung 17.
[22] Friedrich Feldmann: Geschichte des Ortsvereins Hannover der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1864–1933; Hannover 1952, S. 28. In diesem Werk schreibt der seit den Sozialistengesetzen für die SPD im Bezirk Hannover tätige Autor (u. a. Vorstandsmitglied) seine Erinnerungen nieder.
[23] Vgl. Anmerkung 9.
[24] Miller/Potthof: Kleine Geschichte der SPD; Bonn 1983, S. 102.
[25] Peter Schulze (Hrsg.): Lesebuch zur Politik der hannoverschen Sozialdemokratie 1920–1933; 1. Auflage Oktober 1976 von der Arbeitsgruppe „SPD Hannover vor 1933", I.1. In den 70er Jahren sind im Umkreis der Universität Hannover mehrere Arbeiten zur Politik der hannoverschen SPD in der Weimarer Republik entstanden, von denen nur diese Arbeit veröffentlicht wurde.
[26] Auskunft des Instituts für Politische Wissenschaft der Universität Hannover, Projekt „Arbeiterbewegung in Hannover", Schreiben vom 22. 10. 1993. Das Projekt „Arbeiterbewegung . . ." dieses Instituts befragte in den 70er und 80er Jahren etliche Zeitgenossen der Sozialdemokratie zu den Ereignissen vor 1933.
[27] Vgl. Anmerkung 25.
[28] Schulze: w. o., I.2.
[29] Frdl. Auskunft von Hans Striefler, Hannover, vom 10. 4. 1994. Herr Striefler, ein „altgedientes" Mitglied des SPD-Ortsvereins Hannover hat Joseph Schaffner noch als SPD-Ortsvorsitzenden von Hannover gekannt.
[30] Vgl. Anmerkung 28.
[31] HStA Hannover, Nds. 110 W, Acc. 45/89, Nr. 25 – Entschädigungsakte Schaffner.
[32] Auskunft des Stadtarchivs Hannover, Schreiben vom 25. 8. 1993.
[33] Schreiben vom 27. 5. 1997.
[34] Außer in den Reichstagshandbücher der jeweiligen Wahlperioden in:
Kürschners Volkshandbuch: Deutscher Reichstag 1930, Berlin o. J., herausgegeben von Hermann Hillger;
Max Schwarz: MdR. Biographisches Handbuch der Reichstage; Hannover 1965, S. 748;
Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, herausgegeben vom Vorstand des Vereins Arbeiterpresse, 4. Folge; Berlin 1927, S. 385;
Martin Schuhmacher (Hrsg.), vgl. Anmerkung 46;
Wilhelm Heinz Schröder, vgl. Anmerkung 17.
[35] Vgl. Anmerkung 26.
[36] Vgl. Anmerkung 29.
[37] Vgl. Anmerkung 26.
[38] Vgl. Anmerkung 25.
[39] USDP und MSPD hatten sich im September 1922 zur Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zusammengeschlossen.
[40] Bei der Generalversammlung des Ortsvereins 1923 erklärte Vorsitzender Schaffner zu den Einigungsbestrebungen: „Unsere Sehnsucht nach Herstellung einer geschlossenen proletarischen

Phalanx ist noch nicht restlos gestillt. Noch sehen wir im Geiste Haufen von betörten, sicherlich das Beste wollenden Proletariern, die im Banne Moskaus stehen, das keine andere Aufgabe kennt, als durch bezahlte Werkzeuge das einzige Bollwerk der Arbeiterschaft, die Sozialdemokratische Partei, zu zermürben und aufzureiben. Die Bekämpfung der der Arbeiterschaft die Lebensluft einzuengenden Kapitalsmacht aber läßt man großmütig zu. Diesen betörten Arbeitern rufen wir zu: Erkennt, welch frivoles Spiel man mit Euch treibt, solange es noch Zeit ist. Wenn der Feind erst die Tore der proletarischen Trutzburg eingerammt, ist es zu spät. Prüft die Parolen und Schlagworte Eurer Führer auf ihre Brauchbarkeit im proletarischen Klassenkampf, nach denen zu handeln sie Euch lehren. Eure Führer wollen die ‚Einheitsfront', die angeblich die Führer der Sozialdemokratie sabotieren. Der beste Beweis für die Eigenhaftigkeit dieser Behauptung ist die Tatsache, daß hier in diesem Saale Proletarier der früheren USPD wie SPD einträchtig zusammensitzen. Und an diesem Werk waren die Führer der beiden Parteien gewiß nicht ganz unbeteiligt. Die Einigung mit den kommunistischen Arbeitern kommt, kann jeden Tag kommen, wenn sie und ihre Führer begriffen haben, daß man auch im politischen Kampfe bei aller sachlichen Schärfe nicht auf das Kaschemmen-Niveau herabsinken braucht und in Bezug auf die Art der Kampfmittel sich zu Anstand, Lauterkeit und Wahrheit durchringt und vielleicht wenn sie zur Zerrüttung der inneren europäischen Verhältnisse und dem imperialistischen Zielen der mit dem Zarensäbel ausgerüsteten russischen Bauernrepublik dienenden Rubel- und Diamantenkisten ausbleiben, die das trotz Moskau blanke Schild des Sozialismus beflecken sollen". – veröffentlicht in: Schulze: w. o., I.6.2.

[41] Hagen Schulze: Weimar. Deutschland 1917–1933; Berlin 1982, S. 83.
[42] Feldmann: w. o., S. 96/97.
[43] Wie Anmerkung 40.
[44] BA, Abteilungen Potsdam; Bestand: IML/ZPA, St 3/321.
[45] Vgl. Anmerkung 26.
[46] Martin Schuhmacher; M.d.R. Die Reichstagsabgeordneten der Weimarer Republik in der Zeit des Nationalsozialismus. Politische Verfolgung, Emigration und Ausbürgerung 1933–1945; Düsseldorf 1994, S. 1140/41.
[47] Vgl. Anmerkung 26.
[48] Feldmann: w. o., S. 42/43
[49] Hagen Schulze: w. o.; S. 290, 291, 304, 306, 307.
[50] Verhandlungen des Deutschen Reichstages (3. Wahlperiode 1924–1928), Band 387, S. 3586ff und 3995ff.
[51] Vgl. Anmerkung 26.
[52] Schulze: w. o., I.6.27.
[53] Schulze: w. o., I.6.32.
[54] Ambros Schor: Machtergreifung und Gleichschaltung. Die Nationalsozialisten errichten den totalitären Staat. – in: Der Nationalsozialismus, Band I. Machtergreifung und Machtsicherung 1933–1935, Herausgegeben von der Bayer. Landeszentrale für politische Bildungsarbeit; München 1988, S. 68.
[55] Schor: w. o., S. 51.
[56] Schor: w. o., S. 52.
[57] Feldmann: w. o., S. 149.
[58] BA Potsdam, Bestand des Reichsministeriums des Innern, ST 10, Nr. 277.
[59] Schor: w. o., S. 69.
[60] Brocher/Schulz/Sauer: Die nationalsozialistische Machtergreifung; Köln 1974, S. 271.
[61] Vgl. Anmerkung 29.
[62] Vgl. Anmerkung 31.
[63] Vgl. Anmerkung 9.
[64] HStA Hannover, 171 Hannover, Landgericht Hannover, Acc. 1/69.002; Schaffner/Deutsches Reich, Preußischer Staat, NSDAP.
[65] Vgl. Anmerkung 32.

[66] Vgl. Anmerkung 26.
[67] Vgl. Anmerkung 64.
[68] Auskunft des Instituts für Politische Wissenschaft der Universität Hannover, Projekt „Arbeiterbewegung in Hannover", Schreiben vom 29. 3. 1994.
[69] Vgl. Anmerkung 64.
[70] Vgl. Anmerkung 32.
[71] Vgl. Anmerkung 64.
[72] Vgl. Anmerkung 26.
[73] Vgl. Anmerkung 9.
[74] Vgl. Anmerkung 29.
[75] Vgl. Anmerkung 9.
[76] Vgl. Anmerkung 31.
[77] Vgl. Anmerkung 32.
[78] Vgl. Anmerkung 31.
[79] Vgl. Anmerkung 32.
[80] Vgl. Anmerkung 29.
[81] Vgl. Anmerkung 26 – Wirkliche Zeitgenossen Schaffners konnten – von wenigen Ausnahmen abgesehen – im Rahmen dieses Projekts aus Altersgründen aber nicht mehr befragt werden.
[82] Vgl. Anmerkung 31.
[83] Vgl. Anmerkung 32.
[84] Vgl. Anmerkung 31.
[85] Vgl. Anmerkung 32.
[86] Auskunft der Gemeinde Krün, Schreiben vom 21. 5. 1991.
[87] Wie Anmerkung 19.